

## „Risikotechnologie“ oder „Ökoenergie“? Im Sommer 2008 diskutiert Deutschland über den Ausstieg aus der Kernenergie

*Tim Griebel und Patrik Stör*



Tim Griebel



Patrik Stör

Journalisten freuten sich: Selten war es so einfach, das Sommerloch zu füllen wie im Juni und Juli 2008. Der lange schwelende Streit um den im Jahr 2002 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg eskalierte in einer offenen Auseinandersetzung. Zum Atomausstieg siehe:

<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/38/16/dokument.html?titel=Atomausstieg&id=56496183&top=Lexikon&suchbegriff=atomausstieg&quellen=&vl=0>

Während Atomlobby, Energieunternehmen sowie Union und FDP vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und verbindliche Klimaschutzziele in der Kernenergie eine unverzichtbare Brückentechnologie sehen und einen Ausstieg aus dem Ausstieg fordern, halten SPD und Grüne dies für risikoreich und gefährlich. Die einen reden von billiger Ökoenergie, die anderen erinnern an „Tschernobyl“ und das ungelöste Müllproblem.

Auf aktuelle Ereignisse verweisen beide Seiten. Atomkraftbefürworter führen die weiter steigenden Versorgungspreise als Argument an. Dazu passt, dass die FAZ die Energieversorgung bereits zur „sozialen Frage“ erklärt hat. (FAZ.net vom 05.07.2008):

<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E5D3D998F1F154E37B09A199708B5E61B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Atomkraftgegner fühlten sich bestätigt, als im französischen Tricastin im Juli 2008 radioaktive Flüssigkeit mit 360 Kilogramm Uran austrat, wovon ein Teil in die kleinen Flüsse Gaffière und Lauzon und die Rhône gelangte. Im deutschen Forschungsbergwerk Asse bei Wolfenbüttel gab es einen Zwischenfall, bei dem radioaktive Lauge abgepumpt werden musste. Atomkraftgegner bestreiten aber auch, dass eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zu billigeren Energiepreisen führen würde.

Diejenigen, die eine Verlängerung der Laufzeiten fordern, sehen wie ENBW-Chef Hans-Peter Villis im Atomausstieg die Vernichtung eines volkswirtschaftlichen Vermögens in Milliardenhöhe. (Handelsblatt vom 08.07.2008):

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/atomkonzerne-bieten-der-politik-ein-geschaef-t-an;2008983>

Bei einem Festhalten am Ausstieg sei eine „Stromlücke“ zu erwarten, wenn man nicht gleichzeitig in den Bau neuer Kohlekraftwerke investiere. Strom würde noch teurer. RWE-Vorstandschef Jürgen Großmann sagte der WAMS in diesem Zusammenhang, dass Deutschland schon bald auf Stromimporte angewiesen sein werde. (WAMS vom 27.01.08):

„Man muss kein Rechenkönig sein, um zu verstehen, dass wir auf einen gravierenden Stromengpass zulaufen. Wenn es so weitergeht, fehlen bis 2020 rund 30 000 Megawatt. Was der Leistung von 30 Großkraftwerken entspricht [...] Wir werden schon viel früher als 2020 ein Stromimportland sein. Und damit werden wir weitaus weniger als heute Herr darüber sein, wie unser Energiemix aussieht und wie es um unsere Energiesicherheit bestellt ist.“

[http://www.welt.de/wams\\_print/article1600319/Der\\_Strom\\_wird\\_knapp.html](http://www.welt.de/wams_print/article1600319/Der_Strom_wird_knapp.html)

Auf der Internetseite „[www.kernenergie.de](http://www.kernenergie.de)“ macht die Atomlobby deutlich, dass sie eine klimafreundliche Schließung der Stromlücke derzeit für unmöglich hält:

„Ein Ersatz durch Wasserkraft oder Biomasse kommt nicht in Betracht, da das Potenzial für Wasserkraftwerke in Deutschland wegen der besonderen geografischen Erfordernisse nahezu ausgeschöpft ist. Biomasse kann nicht schnell genug ausgebaut werden und könnte selbst nach optimistischen Schätzungen höchstens 8 Prozent des deutschen Strombedarfs decken. Braun- und Steinkohle sowie Erdgas könnten die Bedarfslücke schließen, da sie grundlastfähig sind. Deren Ausbau würde jedoch zu einer Steigerung des Kohlendioxid-Ausstoßes führen, solange keine CO<sub>2</sub>-Abtrennungstechnologien großtechnisch zur Verfügung stehen.“

[http://www.kernenergie.de/r2/de/Unsere\\_Position/Positionspapiere/Position/Gute\\_Gruende/bezahlbarer\\_strom.php?navanchor=1210006](http://www.kernenergie.de/r2/de/Unsere_Position/Positionspapiere/Position/Gute_Gruende/bezahlbarer_strom.php?navanchor=1210006)

Für die Union kann Deutschland deshalb auch in absehbarer Zukunft nicht auf Kernenergie verzichten. Ihr Programm „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ verdeutlicht dies (Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 22. Parteitag am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart):

„Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken an.“

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/080623-buvo-antrag-klima-umwelt-verbraucher.pdf>

Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) sieht sich mit seiner Forderung nach verlängerten Laufzeiten für die Atomkraftwerke als „Verbraucherlobbyist“.

„Wenn die Stromversorgung verlässlich, bezahlbar und klimafreundlich sein soll, müssen wir die energiepolitische Sackgasse des Ausstiegs aus der Kernenergie verlassen – und zwar schnell“, so Glos (ZEIT-online vom 29.06.2008):

<http://www.zeit.de/online/2008/27/Grosse-Koalition-Atomenergie>.

Ronald Pofalla (CDU) bezeichnete Atomkraft auch als „*Ökoenergie der CDU*.“ (FAZ.net vom 23.06.2008):

[http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E1368288E28BA47E998B0F84242AA8787~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss\\_aktuell](http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E1368288E28BA47E998B0F84242AA8787~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_aktuell).

Für den bayerischen Europaminister Markus Söder (CSU) gibt es „*in der jetzigen Phase keine ökologischere und sozialverträglichere Energieform als die Kernenergie*“. (Die WELT vom 07.07. 2008: Atom spaltet die Koalition.)

Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte deutlich, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie aus ihrer Sicht zur Zeit nicht möglich sei:

(STERN vom 21.05.2008: Wie grün sind Sie eigentlich, Frau Bundeskanzlerin?)

„Ich halte es für unverantwortlich, gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomkraft und keine neuen Kohlekraftwerke zu wollen, ungeachtet der Tatsache, dass die neuen Kohlekraftwerke effizienter und umweltfreundlicher sind als die alten, die dadurch ersetzt werden können. Das bedeutete Ausstieg aus 70 Prozent unserer Stromerzeugung. Gleichzeitig diskutiert man darüber, dass Biosprit die Welternährung gefährdet. Da muss man sich fragen, was dann eigentlich noch bleibt und ob es schlau ist, zum Schluss Atomstrom aus Frankreich, Tschechien oder Finnland zu kaufen, um sich dann mit reinem Gewissen darüber zu freuen, dass wir selbst Kohle und Kernkraft loswerden können. Das ist absurd.“

In einem Interview mit der BAMS sagte die Bundeskanzlerin außerdem:

(BAMS vom 13.07.2008):

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir die Laufzeiten unserer sicheren Kernkraftwerke in Deutschland verlängern. Ich glaube nicht, dass wir die Probleme des Klimawandels allein mit der Kernenergie lösen können. Wir werden deshalb weiter mit Nachdruck den Energie-Mix mit alternativen Energien ausbauen. Aber wir werden unsere Versorgung auf absehbare Zeit klimagerecht auch nicht völlig ohne Kernenergie sicherstellen können.“

<http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/07/13/angela-merkel/interview-teil-2.html>

Aus Sicht der SPD sind diese Argumentationen nicht nur falsch, sondern auch verantwortungslos. Es handele sich um Aussagen einer „Atomsekte“ – so SPD-Generalsekretär Hubertus Heil über die CDU – die lediglich Lobbyismus und Populismus betreibe. (Die WELT vom 07.07. 2008: Atom spaltet die Koalition).

So hat für die Atomkraftgegner die Kernenergie, wenn überhaupt nur einen sehr geringen Einfluss auf die Strompreise. Die Konzerne würden sich durch eine Laufzeitverlängerung nur bereichern, zur Bekämpfung des Klimawandels trage Atomkraft nicht bei. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) erklärte im Interview mit der dpa (Dpa-Gespräch vom 29.06.2008):

„Dreister als die Union kann man diese Risikotechnologie nicht verharmlosen“, sagte Gabriel in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa in Berlin. „Mit diesem Credo betreibt die CDU keine seriöse Energiepolitik, sondern betätigt sich als Lobby für die Atomkonzerne, damit diese mit jedem einzelnen Alt-Reaktor weiterhin eine Million Euro pro Tag zusätzlich verdienen können.“ [...] „Was ich schlimm finde, ist, dass die Union den Leuten vorgaukeln will, man könnte mit Atomkraft die Öl- und Gaspreise dämpfen“, sagte er. „Ich kenne keinen, der sein Auto mit Brennstäben tankt, und Öl- oder Gasheizungen lassen sich auch nicht mit Atomstrom betreiben.“ Der Strompreis steige außerdem seit mehreren Jahren, obwohl etwa ein Viertel des Stroms aus Atomkraftwerken stamme. „Wer also wirklich etwas gegen steigende Energiepreise machen will, der muss auf Energiesparen setzen, der muss investieren in moderne Heizungen, in neue Dämmungen, und der muss sich mit dem massiven Ausbau erneuerbarer Energien unabhängiger machen von Gas und Öl.“

Verbraucherschutz und Öko-Institut sehen ebenfalls steigende Gewinne der Konzerne und kaum niedrigere Verbraucherpreise (ZEIT-online vom 09.07. 2008):

„Verbraucherschützer haben schon abgewunken. Der von der Union verlangte Ausstieg aus dem Atomausstieg brächte den Konsumenten fast nichts: Eine Ersparnis bei der Stromrechnung von gerade einmal 50 Cent pro Monat. Das sei weniger, als sich mit dem Austausch einer einzigen 60-Watt-Glühlampe durch eine Energiesparlampe erreichen lassen, ließ Holger Krawinkel, Energiefachmann der Verbraucherzentrale Bundesverband, Anfang der Woche wissen.

Nun legt das Öko-Institut mit einer detaillierten Analyse nach. Die Expertise, die der ZEIT exklusiv vorliegt, kommt zu dem Ergebnis, dass im Zeitraum bis 2010 mit Entlastungseffekten ‚nur im absolut marginalen Bereich‘ zu rechnen ist. Auch danach sei mit ‚signifikanten Effekten für die Stromverbraucher‘ nur zu rechnen, ‚wenn der Kreis der Begünstigten sehr eng begrenzt wird‘, so Felix Matthes, Autor der Studie.

[...]

Dabei sind die Extragewinne, die eine Laufzeitverlängerung um acht Jahre den Betreibern der Kernkraftwerke beschere würden, über den gesamten Zeitraum durchaus beachtlich. E.on könnte laut Matthes mit 27,5 Milliarden Euro rechnen, RWE mit 17, EnBW mit 14 und Vattenfall Europe mit knapp 4,5 Milliarden Euro.“

<http://www.zeit.de/online/2008/28/atomkraft-strompreise>

Greenpeace legt auf seiner Internetseite dar, dass ökonomische Mechanismen dafür sorgen, dass die Preise nicht sinken würden:

„In Deutschland stammen etwa 26 Prozent des Stroms aus Atomkraftwerken. Bieten die großen deutschen Monopolisten nun billigen Strom an, weil sie ja Atomkraftwerke betreiben? Tun sie nicht. Sie verkaufen ihren Strom so teuer wie möglich.

Alle Kraftwerke, die gerade am Netz sind, haben ihren eigenen Produktionspreis. Für den Strompreis ist der Anbieter entscheidend, der seinen Strom an der Börse zum höchsten Preis gerade noch verkaufen kann. Daran orientieren sich alle anderen Anbieter. Sie verkaufen ihren Strom ebenfalls zum höchsten erzielbaren Preis. Auch den billigen Atomstrom.“

[http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/nachrichten/artikel/cdu\\_deklariert\\_atomstrom\\_zum\\_sozialstrom\\_um/](http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/nachrichten/artikel/cdu_deklariert_atomstrom_zum_sozialstrom_um/)

FAZ-Redakteur Stefan Dietrich setzt in einem Kommentar dagegen, dass ja gerade die erneuerbaren Energien sehr teuer seien und hohe Subventionen verschlängen. Darüber hinaus stelle sich das Problem, dass regenerative Energien „Grundlast“, also die Netzbelastung, die während eines Tages nicht unterschritten wird, nicht bereitstellen könnten. Daher sei ein Atomausstieg nicht realisierbar (FAZ.net vom 08.07.2008):

„[W]enn sich die Sozialdemokraten nicht aus der Anti-Atomkraft-Ecke herausbewegen, könnten sie bald zu Gefangenen eines energiepolitischen Konzepts werden, das ihnen niemand mehr abkauft: zuerst wegen seiner sozialen Härten, dann weil es die Versorgungssicherheit gefährdet. [...] Die bald fünf Milliarden Euro jährlich, die den Stromverbrauchern und Steuerzahlern für erneuerbare Energien abverlangt werden, schützen sie nicht vor dem Anstieg der Öl- und Gaspreise. Sie kommen nur obendrauf. Auch die dreißig Windparks, die in Nord- und Ostsee errichtet werden sollen, machen uns nicht unabhängiger von Öl und Gas, wie uns Verkehrsminister Tiefensee weismachen will, sie machen uns nur abhängiger von den Launen des Winds. Ohne ständig verfügbare Grundlastkraftwerke kommt Deutschland nicht aus. Deshalb ist Atomstrom eben doch nicht ganz durch Sonne und Wind zu ersetzen. Für die Grundversorgung müssen wieder neue Kohlekraftwerke gebaut werden.“

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc-E96B10B2ADF46481BAC4D609B2B6DBD10~ATpl-Ecommon~Scontent.html>

Der Cheflobbyist der Energiekonzerne Walter Hohlefelder spricht sich ebenfalls für ein Nebeneinander von erneuerbaren Energien und Atomkraft aus. Er schlägt auch den Bogen zur Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland (Rede auf der Jahrestagung Kerntechnik, 27. bis 29. Mai 2008, Hamburg):

„Den Menschen [...] unentwegt ein Zerrbild zu zeichnen, indem ihnen versucht wird, zu suggerieren, Erneuerbare wie Wind und Sonne alleine könnten die fossile Kraftwerkskapazität problemlos ersetzen, ist wenig verantwortlich. Denn nehmen wir an, es gelänge tatsächlich bis zum Jahr 2020 30 Prozent der Energieerzeugung aus Erneuerbaren zu gewinnen; woher kommen dann die restlichen 70 Prozent? Erst ‚raus‘ aus Kernenergie und dann noch ‚raus‘ aus Kohle. Dafür aber ‚rein‘ ins Gas und damit weiter in die Abhängigkeit einiger weniger Lieferländer, vor allem aber Russland?![...] Wenn es beim Biosprit möglich ist, zurückzurudern, warum nicht also auch beim Kernenergieausstieg, aus Gründen der Nachhaltigkeit, sprich: Klimavorsorge, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gleichermaßen?! Wenn eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik wirklich gewollt ist, dann muss die Politik vorangehen und die Kernenergie grundsätzlich Neubewerten. Auch wenn dies heißt, öffentlich zu erklären, dass sich die einst eingenommene Position zur Kernenergie, angesichts veränderter Rahmenbedingungen, als falsch erwiesen hat. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Vernunft.“

[http://www.kernenergie.de/r2/documentpool/de/Unsere\\_Position/Reden/ansprache\\_drhohlefelder\\_jk\\_2008.pdf](http://www.kernenergie.de/r2/documentpool/de/Unsere_Position/Reden/ansprache_drhohlefelder_jk_2008.pdf)

Andere wie Energiewirtschaftsexperte Peter Hennicke meinen, dass für eine rein auf erneuerbare Energien ausgerichtete Politik die notwendigen Techniken und Alternativen durchaus zur Verfügung stünden. Der Ausstieg von der Kernenergie werde demnach nicht unbedingt zu einer Stromlücke führen. (Frankfurter Rundschau vom 16.02.08 S. 18: Die Energiewende ist machbar)

Die [Strom-]Lücke tritt nur ein, wenn man die Augen vor den Alternativen verschließt. Die vom Wuppertaler Institut für die Energiewirtschaft durchgeführten Analysen zeigen: Binnen zehn Jahren kann ein Fünftel des Strombedarfs fast durchweg rentabel eingespart werden. Allein dadurch wären drei Viertel des Atomstroms überflüssig.

Aber die vier Fünftel des Stroms müssen irgendwo her kommen.

Natürlich, aber es gibt umweltfreundlichen Ersatz für die alten Kraftwerke: Erstens grundlastfähige erneuerbare Energien wie Biomasse, Windkraft aus Anlagen im Meer, Geothermie sowie Solarstrom-Importe aus der Mittelmeer-Region. Zweitens Strom aus dezentralen Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Drittens ein mit den Klimaschutzziele kompatibel Ersatz von 15 Gigawatt hocheffizienter fossiler Kraftwerke, wo eben möglich ebenfalls in KWK.

Eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke würde die Entwicklung in Richtung erneuerbare Energien bremsen, meint auch das Bundesministerium für Umwelt. „*Investitionen in moderne effiziente Kraftwerke sowie in eine wettbewerbsfähige und innovative Energieversorgung*“ würden unnötig verzögert.

[http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere\\_atomkraft\\_irrweg.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_atomkraft_irrweg.pdf).

Hubert Weiger, der Chef des Umweltverbandes BUND, argumentiert, dass regenerative Energien bereits heute durchaus in der Lage seien, „Grundlast“ bereitzustellen und somit eine dauerhafte Stromversorgung zu gewährleisten. Die Weigerung der Umstellung resultiere vor allem aus den Interessen der Stromkonzerne (Frankfurter Rundschau vom 08.02.2008 S. 20: Atomkraft lässt sich problemlos ersetzen).

„Erneuerbare Energien können sehr wohl Grundlast liefern, Biogasanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung beispielsweise. Die Zukunft liegt in dezentralen Kraftwerken, die flexibel vernetzt sind. Mit einem Kombikraftwerk wurde nachgewiesen, dass die erneuerbaren Energien auf die Sekunde genau den nötigen Strombedarf decken können. Aber das passt Eon, RWE, Vattenfall und EnBW nicht, weil sie damit ihre marktbeherrschende Stellung verlieren würden.“

Aber Kernkraftgegner bestreiten nicht nur die wirtschaftlichen und klimapolitischen Argumente der Kernenergiebefürworter. Neben dem eher praktischen Argument, dass gar nicht genügend Uranvorräte für eine weltweite Renaissance der Atomenergie zur Verfügung stünden, verweisen sie auf die erheblichen Probleme und Risiken, die mit der Atomenergie verbunden seien. Eine „Ökoenergie“ sei Atomkraft daher keinesfalls. So äußerte sich der frühere Umweltminister Jürgen Trittin in einem SPIEGEL-Online-Interview (SPIEGEL-Online vom 08.07.2008):

„Atomenergie erzeugt zwar weniger Emissionen als etwa Kohle, doch die CO<sub>2</sub>-Bilanz ist schlechter als bei den erneuerbaren Energien. Atomkraft ist gleichzeitig wesentlich teurer als erneuerbare Energie. Außerdem dürfen Sie die drei Risikofaktoren nicht vergessen: Irgendwo muss der radioaktive Atommüll gelagert werden – im Modell-Endlager für Deutschland, Asse 2, muss heute radioaktive Lauge abgepumpt werden. Es besteht immer die Gefahr eines Kernschmelzunfalls wie in Tschernobyl. Und es gibt keine klare Trennung zwischen der zivilen Nutzung und der kriegerischen von angereichertem Uran – wie man in Iran und in anderen Staaten aktuell beobachten kann. Jeder der drei Gründe ist es wert, auf die weltweit drei Prozent Energie aus Atomspaltung zu verzichten – mehr liefern AKWs nämlich nicht für die weltweit genutzte Energie.“

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,564403,00.html>

Gerade die ungelöste Frage nach der Endlagerung des radioaktiven Mülls ist für den Journalisten Günter Hetzke „*Wasser auf die Mühlen der Atomkraftgegner*“ (Deutschlandfunk vom 24.06.2008):

„Täglich und das noch Jahre lang wird strahlender Atommüll produziert, für den es bislang noch keine gesicherte Endlagerstätte gibt und dessen Beseitigung und Sicherung wir bedenkenlos vielen Generationen nach uns überlassen – Hauptsache die Klimabilanz stimmt. Doch ein Problem zu lösen, in dem ein anderes geschaffen wird, ist weder weitsichtig noch ehrlich. Die Lagerung des Atommülls ist und bleibt die Achillesferse der Branche, weil hier Möglichkeiten gefunden werden müssen, wie strahlender Abfall über Jahrzehnte und Jahrhunderte sicher verwahrt werden kann. Wenn das noch nicht einmal in einem Forschungsendlager einwandfrei gelingt, wo lediglich schwach- und mittelradioaktiver Müll gelagert wird, dann ist Misstrauen angebracht – nicht zuletzt mit Blick auf die Entsorgung des stark radioaktiven Materials, das derzeit noch im Ausland steht oder auf dem Gelände der Atomkraftwerke und auch eines Tages unter der Erde verbuddelt werden soll. Aus den Augen, aus dem Sinn, das ist bei der Einlagerung von Atommüll eine unverzeihliche Einstellung.“

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kommentar/806256/>

Auch für den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) Wolfram König stellt das Forschungsbergwerk Asse „*eine schwere Hypothek für die Glaubwürdigkeit der sicheren Endlagerung*“ dar (sueddeutsche.de vom 26.07.08):

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/601/303596/text/>

Umweltminister Sigmar Gabriel sieht aufgrund der ungelösten Atommüllfrage in der Argumentation der Atomkraftbefürworter einen Widerspruch (sueddeutsche.de vom 09.07.08):

„Solange die Herren Beckstein und Oettinger zu feige sind, um auch in Bayern und Baden-Württemberg eine Suche nach dem besten Endlagerstandort zuzulassen, solange ist es ohnehin aberwitzig, über mehr Atomkraft zu reden. Mehr Atomstrom bedeutet mehr Atommüll, und für den gibt es weltweit noch keine Lösung.“

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/470/184890/>

Auch Sicherheitsrisiken im Betrieb der Kernkraftwerke selbst lassen sich nie hundertprozentig ausschließen. Für den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Forschungszentrums Karlsruhe Manfred Popp ist die Wahrscheinlichkeit eines GAUs jedoch extrem niedrig (SPIEGEL-online vom 08.07.2008):

„Die ‚rechnerische Wahrscheinlichkeit‘ für einen atomaren GAU liege ‚in derselben Größenordnung wie die Chance, einen großen Lotto-Jackpot zu knacken‘, sagt der Physiker und ehemalige Vorstandsvorsitzende des Karlsruher Kernforschungszentrums. ‚Natürlich hinkt der Vergleich‘, räumt Popp ein. Und das nicht nur ‚weil es 10.000-mal mehr Lottospieler‘ gebe, als alle 453 Reaktoren weltweit an Betriebsjahren gemeinsam aufzuweisen haben. Für die Gesellschaft, weiß Popp, sei schon der Gedanke an einen größeren Atomunfall ‚letztlich undenkbar‘. [...]

Im Karlsruher Kernforschungszentrum spricht man trotz aller Zwischenfälle von einem bemerkenswerten Sicherheitsrekord der mehr als 350 nach westlichem Design gebauten Reaktoren. Sei doch selbst die Kernschmelze in Three Mile Island ohne schwerwiegende Folgen für Mensch und Umwelt beherrscht worden.“

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,564388,00.html>

Die Befürworter eines Atomausstiegs betonen Deutschlands mögliche Vorbildfunktion. Dies sei von großer Bedeutung, da eine vermehrte internationale Ausbreitung von Atomkraft immer auch die Gefahr berge, dass diese auch militärisch oder von Terroristen genutzt würde (sueddeutsche.de vom 10.06.2008):

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/934/179384/>

„Mit der Verbreitung von Reaktoren“, warnt auch Umweltminister Gabriel, „würden wir die Fähigkeit zum Bau von Atombomben schneller verbreiten, als wir es uns in den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges hätten vorstellen können“. (sueddeutsche.de vom 07.07.2008):

„Die Atomindustrie könnte also darüber lamentieren, dass offenbar wieder einmal Emanuel Geibel in Mode kommt; das war der Dichter, der vor 140 Jahren das Gedicht geschrieben hat, an dessen Ende die Zeilen stehen: ‚Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.‘ Aber bei Atomfragen geht es nicht um deutschen Größenwahn, sondern um praktizierte Vernunft; und die ist keine Frage aktueller G-8-Mehrheiten.

Eine weltweite Renaissance der Kernenergie wäre eine Einladung an den Terrorismus; je mehr spaltbares Material es gibt, umso größer wird die Gefahr. Aber allein – was kann Deutschland ausrichten, wenn im übrigen die Welt mit Atomkraftwerken gepflastert wird?

Deutsche Enthaltensamkeit ist ein Akt der Prävention gegen die neuen Gefahren. Vorbeugung braucht ein Vorbild; sie setzt voraus, dass einer vorangeht. Wenn Deutschland also bei behutsamer Atompolitik anderen Staaten vorangeht und ihnen zuvorkommt, muss es sich nicht genieren.“

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/184/184605/>

Im Internet-Portal ZEIT-Online argumentiert ZEIT-Redakteur Andreas Sentker, dass das niedrige Uranangebot, die ungelöste Endlagerfrage, Sicherheitsrisiken und eine zunehmende Proliferation nicht gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg sprechen würden. Vielmehr gebe es auf jedes Problem eine jeweilige Lösung (DIE ZEIT vom 10.07.2008):

„Jenseits aller Ideologien bleiben vier Argumente, die von den Gegnern der Kernenergie immer wieder beschworen werden. Erstens ist die bei jedem brüchigen Döbel aufkeimende Frage nach der Sicherheit der Reaktoren seit Tschernobyl ein verlässlicher Angstmacher. Zweitens wurde die Endlagerfrage in Deutschland so lange politisch verhandelt, dass es vielen prinzipiell unmöglich erscheint, radioaktiven Abfall sicher zu verwahren. Wer kann, drittens, garantieren, dass das strahlende Material nur friedlichen Zwecken dient? Und, viertens, reichen die Uranvorräte überhaupt aus?

Für die Probleme gibt es eine technische Lösung, auf die Fragen eine auch politische Antwort:

Während der einstige Technologieführer Deutschland nahezu vollständig aus der Kernforschung ausgestiegen ist, treiben Wissenschaftler weltweit unter anderem zwei Projekte voran. Sie wollen lange strahlende Abfälle in kurzlebige verwandeln und so die notwendigen Sicherheitsgarantien für Lagerstätten von mehreren Hunderttausend Jahren auf Jahrhunderte reduzieren. Und während in Finnland ein Reaktor der dritten Generation errichtet wird, bei dem selbst für den schlimmsten Fall einer Kernschmelze vorgesorgt ist, soll dieser größte anzunehmende Unfall bei Kraftwerken der vierten Generation prinzipiell ausgeschlossen sein.

Die Uranvorräte reichen nicht nur für viele Jahrzehnte aus, sie lagern anders als Öl und Gas zudem in politisch sicheren Regionen, etwa in Kanada und Australien. Und die Proliferation von waffentauglichem Plutonium ist gerade in Deutschland das geringste Problem, dafür sorgen die Kraftwerkstechnik und die konsequente Überwachung.“

<http://www.zeit.de/2008/29/01-Atomleiter-Pro>

Auch der ehemalige Wirtschaftsminister und heutige Aufsichtsrat einer Tochterfirma des Energieriesen RWE Wolfgang Clement (SPD) sieht im Atomausstieg einen Fehler, den es zu korrigieren gelte. Er bezweifelt, dass der deutsche Atomausstieg internationalen Vorbildcharakter erlangen könne. (sueddeutsche.de vom 07.02.2008):

„Es sei aber naiv, zu glauben, ‚ein deutscher Ausstieg werde nur ein Jota ändern‘. Im Gegenteil: Mit dem Ausstieg ‚verspielen wir allenfalls unsere Einflussmöglichkeiten‘. [...] ‚Bislang hat kein Land der Welt den Ausstieg aus der Kernenergie auch tatsächlich vollzogen.‘ Viele Länder mit Ausstiegsbeschlüssen hätten inzwischen die Laufzeiten auf 60 Jahre verlängert oder begännen mit dem Bau neuer Atomkraftwerke. Allein die Substitutionsproblematik zwingt zu einer Revision der Ausstiegspolitik, sagt Clement.

Angesichts dessen erscheine es ‚absurd, anzunehmen, dass die Welt Deutschland als Vorreiter beim Ausstieg aus der Kernenergie folgen würde.‘“

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/114/156699/>

Der internationale Trend scheint in Richtung eines weltweiten Comebacks der Kernenergie zu zeigen. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sieht in der Kernenergie eine Zukunftstechnologie, der britische Premierminister Gordon Brown möchte den Anteil der Kernenergie an der britischen Energieproduktion auf 40 % erhöhen. In den USA, wo seit fast drei Jahrzehnten kein neuer Reaktor beantragt wurde, sollen jetzt auch neue Kernkraftwerke entstehen. US-Energieminister Samuel Bodman schätzt dabei den US-amerikanischen Bedarf auf bis zu 230 Atomkraftwerke. Auch Indien, China und Russland wollen ihren

stetig wachsenden Energiehunger zunehmend durch Atomkraft stillen. (DER SPIEGEL vom 07.07.2008: Kernkraft – ja bitte?)

Die internationalen Atomkraftbefürworter verweisen dabei auch auf die wichtige Rolle der Kernenergie zur Bewältigung des Klimawandels.

So gerät Deutschlands Atomausstieg auch auf internationalem Parkett unter Druck. Gegenüber Spiegel-Online erklärte beispielsweise der Umweltberater von US-Präsident George W. Bush, Jim Connaughton, dass Deutschland Atomkraft nutzen müsse, um den Klimawandel zu bekämpfen. „Atomkraftwerke seien ‚der Lackmusestest für die Ernsthaftigkeit‘ der Staaten, gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen. Wer wirklich den Ausstoß von Treibhausgasen einschränken wolle, komme an einer intensiven Nutzung der Atomkraft nicht vorbei.“ (SPIEGEL-online vom 07.07.2008):

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,564269,00.html>

Die innerdeutsche Debatte wird so von außen weiter angeheizt. Hier gibt es zurzeit nur wenige ernstzunehmende Kompromissvorschläge. Viel öffentliche Kritik zog Erhard Eppler auf sich, als er im SPIEGEL vorschlug, eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke an eine Verankerung des Atomausstiegs im Grundgesetz zu knüpfen (DER SPIEGEL vom 07.07.2008: Ein paar Jahre länger):

„Wenn es der Union nur darum geht, den Übergang zu erneuerbaren Energien abzusichern, dann könnte sie der SPD ja ein Angebot machen: Wenn die SPD bereit ist, einige Meiler ein paar Jahre länger laufen zu lassen, dann schreiben wir gemeinsam in die Verfassung: Atomkraftwerke werden nicht mehr gebaut. Darüber wäre ich bereit zu reden, weil es darauf ankommt, die Atomenergie weltweit auslaufen zu lassen.“

Bei Verfassungsrechtern und in der Politik stieß dieser Vorschlag auf Widerspruch. Möglicherweise ist die Anregung des scheidenden schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Dietrich Austermann erfolgreicher. Er schlägt vor, den Ausstieg zu verzögern, aber einen Teil der Gewinne der Konzerne abzuschöpfen und in die Förderung erneuerbarer Energien zu investieren (sueddeutsche.de vom 08.07.2008):

„Austermann brachte ein Konzept zur Energieversorgung in Schleswig-Holstein auf den Weg, wonach Kernkraftwerke über das Jahr 2020 hinaus am Netz bleiben und mehr als die bisher vereinbarten Mengen produzieren dürfen, wenn sie im Gegenzug einen Cent je erzeugter Kilowattstunde Atomstrom in einen sogenannten Nachhaltigkeitsfonds zahlen.

Aus diesem soll nach den Worten Austermanns die Forschung und Entwicklung klimafreundlicher und erneuerbarer Energien finanziert werden. ‚Wir brauchen einen zweiten Atomkonsens‘, sagte er der Süddeutschen Zeitung. Ein solcher Pakt solle sicherstellen, dass künftig bei der Energiegewinnung kein zusätzliches Kohlendioxid mehr produziert werde, ‚sondern dass wir vielmehr zusätzliche Anreize für erneuerbare Energien erhalten‘.“

<http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/382/184802/>

Noch ist jedoch keine Lösung in Sicht. Und je näher der Bundestagswahlkampf 2009 rückt, desto mehr drängt sich die Frage auf, ob der Atomausstieg zu einem zentralen Wahlkampfthema wird. Die Wähler können dann entscheiden, wie sie die Atomkraft bewerten: Als „Risikotechnologie“ oder als „Ökoenergie“.